



Bundesrätin Micheline Calmy-Rey und der Generalsekretär des Europarats, Thorbjörn Jagland.

GEORGIOS KEFALAS / KEYSTONE

Kleines Land, grosse Reform

Bilanz der Schweizer Europarats-Präsidentschaft

Die Schweiz konnte in ihrem Präsidial-Halbjahr im Europarat Anstösse für eine Reform des überlasteten Menschenrechtsgerichtshofs geben. Keine Fortschritte gab es im Kaukasus, in Weissrussland und in Bosnien.

Karl-Otto Sattler, Strassburg

Aussenministerin Micheline Calmy-Rey bezeichnete die Ministerkonferenz in Interlaken, bei der sich die Mitglieder des Europarats zu einer Reform des Menschenrechtsgerichtshofs bekannten, als Höhepunkt der Schweizer Präsidentschaft, die am Dienstag nach sechs Monaten zu Ende geht. Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf sprach von einer Quelle der Hoffnung, die Vertrauen in die Zukunft des Menschenrechtsgerichtshofs schafft.

Die Bundesrätinnen haben durchaus Grund für ein gewisses Eigenlob. Der kleinen Nation ist es nach jahrelangen Kontroversen gelungen, den Umbau des überlasteten Gerichtshofs voranzubringen. Auch sind unter Berner Ägide Verhandlungen über einen Beitritt der EU zur Menschenrechtscharta des Europarats angelaufen, um Brüssel der Strassburger Rechtsprechung zu unterwerfen. Allerdings muss Calmy-Rey bei der Übergabe der Präsidentschaft an Mazedonien auch ungelöste Dossiers auf den Tisch packen: die georgisch-russische Krisenregion, Weissrussland und Bosnien-Herzegowina.

In Strassburg sind 120 000 unerledigte Beschwerden wegen Grundrechtsverletzungen anhängig, Kläger müssen mehrere Jahre auf Urteile warten. Vor

diesem dramatischen Hintergrund muten Neuerungen, die am Dienstag beschlossen werden, nicht spektakulär an. Endlich geschehe aber etwas, meint Paul Widmer, Botschafter der Schweiz im Palais de l'Europe.

Von den Änderungen erhofft man sich in Strassburg eine Effizienzsteigerung um bis zu 20 Prozent. Künftig entscheiden Einzelrichter über offenkundig unbegründete Klagen. Drei statt bisher sieben Richter sollen einfach zu beurteilende Fälle bearbeiten. Eine Eingabe soll rasch abgewiesen werden können, wenn dem Beschwerdeführer kein grosser Schaden entstanden ist. Mehr Effektivität wird auch von der Verlängerung der Amtszeit der 47 Richter von sechs auf neun Jahre erwartet.

Innerhalb eines Jahres soll über weitere Reformen befunden werden, die freilich umstritten sind. Dazu zählt eine Klagegebühr. Joachim Hörster (CDU), Leiter der deutschen Bundestagsdelegation in Strassburg, lehnt eine solche Gebühr ab: «Das käme einem Eintrittsgeld gleich, was eine abschreckende Wirkung hätte.» Aus diesem Grund ist auch die Idee umkämpft, Eingaben nur noch in Englisch oder Französisch zuzulassen und Beschwerdeführer zu verpflichten, einen Anwalt zu nehmen. Würden im Übrigen die Europaratsländer ihr eigenes Justizwesen und ihr nationales Recht besser an den Standards der Menschenrechtscharta ausrichten, würden viele Klagen in Strassburg überflüssig – ein heikles Dauerthema im Palais de l'Europe.

Mehr Arbeit dürfte dem Europarat wiederum der Beitritt Brüssels zur Menschenrechtskonvention bescheren. Bis jetzt können Bürger gegen Entscheidungen von EU-Instanzen nur bis

zum EU-Gerichtshof in Luxemburg ziehen. Gegen dessen Urteile soll künftig auch in Strassburg geklagt werden können. Dann würden Europarats-Richter dekretieren können, ob Brüsseler Beschlüsse wie die Vorratsdatenspeicherung oder das Swift-Datenabkommen mit den USA rechtens sind oder nicht.

Indes sind noch zahlreiche schwierige Rechtsfragen zu lösen, erklärt der Schweizer Botschafter. Näher geklärt werden muss etwa das Verhältnis zwischen den Gerichtshöfen in Luxemburg und Strassburg. Steht Brüssel ebenfalls ein Richter im Strassburger Kollegium zu? Werden auch Bürger aus Nicht-EU-Ländern beim Europarat gegen Brüsseler Gesetze klagen können?

Keine grossen Fortschritte vermochte Calmy-Rey trotz intensiver Reisediplomatie im Kaukasus, in Weissrussland und in Bosnien zu erzielen. So ist eine Annäherung zwischen Russland und Georgien in der Nachfolge des Krieges vom Jahr 2008 nach wie vor nicht in Sicht. Immerhin wurde die Präsenz des Europarats in der kaukasischen Krisenregion gestärkt. Menschenrechtskommissar Thomas Hammarberg konnte humanitäre Aktivitäten intensivieren und einen Gefangenaustausch erreichen.

Vergeblich schlug sich Micheline Calmy-Rey mit dem leidigen Problem Weissrussland herum, das wegen der autokratischen Herrschaft von Präsident Alexander Lukaschenko dem Europarat nicht angehört. Schien sich nach diversen Bemühungen der Schweizer Ministerin eine Verbesserung der eisigen Beziehungen anzudeuten, so wurde alles durch die Vollstreckung zweier Todesurteile in Minsk wieder zunichtegemacht.